

Herzlichen Glückwunsch zur Stadion-Neugestaltung

Wer in den Sport investiert - investiert in die Gesundheit der Kinder und der Bürgerinnen und Bürger.

Nach nur acht Monaten Bauzeit erhalten die Sport- und Kulturvereinigung Mörfelden SKV und die Leichtathleten aus beiden Stadtteilen mit der neuen Laufbahn und den gesamten neuen leichtathletischen Anlagen ein modernes, den neuesten Erkenntnissen entsprechendes Stadion, das im gesamten Kreis und darüber hinaus Beachtung finden wird. Die Erneuerung ist nach dem Bau des Stadions im Jahre 1953 und der Errichtung des Vereinsheimes „Sattler“ eine weiterer Meilenstein in der Vereinsgeschichte. Die bald 50 Jahre alte Anlage, war überholungsbedürftig und entsprach nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Sie war nicht mehr für leichtathletische Wettkämpfe geeignet und die hiesigen Sportler mußten einen Teil ihres Trainings auf Sportstätten in Nachbargemeinden durchführen.

Million Mark, wovon die SKV den Löwenanteil von über 600.000 Mark aufzubringen hat. Das Land beteiligt sich mit 220.000 Mark, die Stadt mit 228.000 Mark und der Kreis mit ca. 36.000 Mark. Die neuen Einrichtungen werden nicht nur dem Spitzen-, und Leistungssport dienen, sondern sie werden u.a. dem Schulsport neue, bisher nicht gekannte Möglichkeiten eröffnen. Auch der Breitensport wird davon profitieren. Vor allem hoffen und wünschen wir der SKV, daß dieses Stadion, einmalig mitten im Wald gelegen, ein besonderer Anziehungspunkt für die Jugend wird.

Rückblickend kann gesagt werden, daß die Entscheidung des SKV-Vorstandes für dieses Bauvorhaben, als zukunftsorientiert betrachtet werden kann. Die Stadt übte am Anfang, aus Rücksicht auf die Vereine im anderen Stadtteil, Zurückhaltung und wollte eher im Rahmen des Sportentwicklungsplanes an der Gesamtschule einen neuen Sportplatz bauen. Dies wäre eine Verschie-

bung auf den „St. Nimmerleinstag“ gewesen.

Die DKP/OL-Fraktion im Stadtparlament hat maßgeblich dazu beigetragen, daß das Thema „Stadionausbau mit neuer Tartanbahn“ immer wieder die städtischen Gremien beschäftigte. Viele Anträge wurden gestellt und in allen Programmen der DKP zur Kommunalwahl seit 1989 stand die Forderung nach Einstellung von Mitteln im Haushalt der Stadt. Keine andere Partei oder Fraktion, hat den Stadionausbau so thematisiert. Außerdem wurden in vielen Beiträgen im „blickpunkt“, der monatlich erscheinenden Stadtzeitung der DKP, seit 1988 die Wünsche der Leichtathleten aufgegriffen.

Nicht unerwähnt soll bei all diesen Gedanken anlässlich der Einweihungsfeierlichkeiten die große Eigenleistung des Vereins bleiben. Die vielen ehrenamtlichen Helfer, allen voran Heinrich Herzberger als Planer und selbst zupackender Bauleiter, die schon seit Monaten unermüdlich wie zu Zeiten des „Sattlerbaues“, bei den Außenanlagen, dem neuen Zaun und der Renovierung des „Ludwig-Schulmeyer-Heim“ wirkten, haben damit dem Verein viel Geld eingespart. H. Hechler

Folgende Arbeiten wurden in den vergangenen Monaten vollbracht: Eine neue 400-Meter-Kunststofflaufbahn (Tartanbahn), eine Kugelstoß- und Weitsprunganlage sowie ein Wassergraben für Hindernislauf entstand. Mit neuen, modernsten Geräten und Einrichtungen wird die Möglichkeit zum Ausüben von 110 m Hürdenlauf, Hindernislauf mit Wassergraben, Weit-, Drei-, Hoch- und Stabhochsprung, sowie Diskus- und Speerwurf, Volleyball und Basketball gegeben sein. Außerdem erhielt der Rasenplatz eine vollautomatische Beregnungsanlage Die Gesamtkosten betragen über eine



Eine Gegenkoalition mit der CDU ist mit uns nicht zu machen

Die Presseberichte über die letzte Stadtverordnetenversammlung irritierten einige. So schrieb die „Frankfurter Rundschau“: „DKP stützt rotgelbe Koalition“.

Was war los? Mehrfach hat der CDU-Fraktionssprecher die DKP in der Mai-Sitzung des Stadtparlaments als undemokratische Partei bezeichnet und die SPD davor gewarnt, auf die Stimmen der DKP/Offene Liste zu bauen. Zugleich warb er mit Unterstützung der Grünen für einen Zuschnitt von Magistrat und Parlamentsausschüssen, bei dem die FDP-Fraktion nicht ein Mandat aus eigener Kraft hätte gewinnen können und beide spekulierten darauf, daß die DKP/OL dem zustimmt. Und so ganz nebenbei wollten die schwarz/grünen nicht nur für sich einen erheblichen Überhang an Ausschußsitzern erzielen, sondern auch den Anspruch der DKP/OL auf einen Ausschußvorsitz kippen.

Die DKP/Offene Liste hat für eine Magistratsgröße und Ausschußgrößen gestimmt, die der FDP ermöglichen, aus eigener Kraft nach ihrer Stärke in den städtischen Gremien mitzuarbeiten.

Die DKP/Offene Liste hat daneben durchgesetzt, daß noch in diesem Jahr eine Jugendkulturcafé eingerichtet wird und das es weiterhin einen „Ausschuß gegen Flughafenerweiterung“ gibt. Ob dies so mit der CDU gegangen wäre ist fragwürdig.

Zur zahlenmäßigen Größe des Magistrats: Die SPD hätte auch bei Verkleinerungen die Mehrheit behalten. Aber Verkleinerungen wollten CDU und Grüne nicht - da hätten sie ja abgeben müssen.

Bleibt die Frage - sollte die DKP/OL mit der CDU eine Art „Gegenkoalition“ eingehen, von der so mancher Grüne träumt? Mit einer CDU, die vor der Wahl die DKP aus der Stadt fegen wollte und die auch während der Stadtverordnetenversammlung die DKP/OL beschimpfte und als „Undemokraten“ diskriminierte?

Daß Grüne weniger Hemmungen haben mit den Schwarzen anzubandeln sehen wir nicht nur in Frankfurt und Saarbrücken, auch in Mörfelden-Walldorf hatten wir das ja schon. Offenbar haben sie auch heute keine Hemmungen mit der „Leitkultur“-Partei zusammenzuarbeiten, die u.a. am nachdrücklichsten den Bau der Südumgehung fordert, für die Kernenergie eintritt, überall neue Gewerbe- und Wohngebiete entwickeln, das Schwimmbad und die halbe Stadtverwaltung privatisieren will.

Daß zwischen Grünen und SPD nichts mehr läuft hängt an beiden Seiten. Man hat sich in früheren Verbindungen Narben beigebracht, die brennen noch heute. Außerdem, wenn Grüne und die CDU in Koalitionsverhandlungen gehen, geht es immer auch um Pöstchen. Einen „Ersten (gut dotierten) Stadtrat“ wollen beide.

So wie die Mehrheitsverhältnisse jetzt sind ist in jedem Fall besser als eine SPD-CDU-Koalition, die für die Stadt einen politischen Rückschritt bedeutete hätte.

Die CDU schimpft jetzt, weil die DKP/OL in der vor uns liegenden Wahlzeit das „Zünglein an der Waage“ sei.

Das wiederum halten wir für gut. Es kann ja sehr schnell zu Sozialabbauplänen kommen - da ist so ein „Zünglein“ wichtig. Wenn es um Haushaltspläne ohne Gebührenerhöhung geht, in denen z.B. die wichtige Vereinsförderung nicht zurückgeschraubt wird, dann ist es auch gut wenn sich die Waage richtig neigt.

In jedem Fall liegt eine spannende Wahlzeit vor uns, in der weiterhin wechselläufige Mehrheiten möglich sind.

GS/RH

Opposition mit Stil 1

Wer regelmäßig bei anderen „schlechten Stil“ beklagt, sollte den eigenen gelegentlich überprüfen. So stimmte bei der Wahl der Stadtverordnetenvorsteherin CDU und Grüne gegen Edda Bassler, die von der SPD als stärkster Fraktion vorgeschlagen wurde. Und das, ohne einen Gegenkandidaten zu präsentieren und nach dem gescheiterten Versuch der Grünen, die vorgeschlagene und nicht unbekanntes Kollegin mit einem umfangreichen Fragenkatalog vorzuführen.

Die DKP/Offene Liste hat Edda Bassler als Stadtverordnetenvorsteherin mitgewählt.

Wir begrüßen es, daß dieses Amt in unserer Stadt jetzt (erstmalig) von einer Frau wahrgenommen wird und wünschen ihr eine glückliche Hand für diese neue Aufgabe.

Opposition mit Stil 2

Weder CDU noch Grüne gratulierten Bernhard Brehl anlässlich seiner erneuten Amtseinführung als Bürgermeister im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung.

Wir hätten der „knallharte Opposi-

tion“ in der Stadtverordnetenversammlung mehr Selbstbewußtsein und einen besseren Stil im Umgang mit dem Mann zugetraut, dessen Stil sie immer wieder bejammern.

Der Fraktionssprecher der DKP/Offene Liste hat BB gratuliert und ihm ein Taschenbuch zum Thema „Kommunikation für Könner“ überreicht, mit der Erwartung, daß er auf diesem Gebiet noch etwas dazulernt.

Opposition mit Stil 3

Auf der Web-Seite der hiesigen Grünen kann man folgende Sätze lesen:

„Altkommunist Rudi Hechler läßt keine Chance aus uns zu beschimpfen, um von dieser Skandalpolitik abzulenken.“

„Nun hat die DKP zum zweiten Mal die Chance vertan, gute Politik in Mörfelden gegen den in 50 Jahren verletzten SPD-Trott zu machen. Aber es wird immer deutlicher - sie gehören selbst dazu und kein Mensch nimmt sie in ihrer Anschleimpolitik mehr ernst!“

Also die Grünen wollen mit der CDU „gute Politik“ machen. Wir nicht!

Fraport bescheißt uns alle

Es gab mal eine Zeit, da wollte der Flughafen „guter Nachbar“ sein.

Es hat lange gedauert, bis die meisten der umliegenden Kommunen und ihre Parlamente merkten, die „gute Nachbarschaft“ gibt es nicht. Man gaukelt sie vor um Leute einzulullen. Dahinter stehen knallharte, aber auch unsaubere, Geschäftsmethoden.

Jüngstes Beispiel: Fraport hat die Nordwestvariante europaweit ausgeschrieben. Mit allen Brücken etc. (s. untenstehende Grafik aus dem Luft-hansa-Informationdienst). Man schreibt die Planungsleistungen aus, obwohl eine Festlegung auf irgendeine Variante nach dem Mediationsergebnis gar nicht möglich sein darf.

Aber - sie machens. Was braucht man die Mediation - über Bord damit.

Da wird noch ein bißchen im regionalen Dialogforum diskutiert - nix als Demokratiespielerei.

Denn mittlerweile gibt Ministerpräsident Koch zu: „Nachtflugverbot kann juristisch nicht garantiert werden.“

Gleichzeitig versucht er eine Erpressung der Umlandgemeinden: „Rechtliche Verbindlichkeit sei nur dann möglich, wenn die Kommunen ihrerseits garantierten, nicht gegen den Ausbau zu klagen.“

Das hätte er gern. (Mal sehn, welche SPD-geführte Kommune jetzt als erste umfällt.)

Was man in Wiesbaden und am Flughafen vorhat, zeigt die andere Grafik aus der gleichen Quelle:

„2004 Baubeginn, Sommer 2006 Inbetriebnahme“.

Was dann sonst noch alles passiert? Ein Blick auf unsere nebenstehende Tabelle mit den Flugbewegungen sollte wach machen.

Zwei Fragen an unsere Leserinnen und Leser: Glauben Sie, man kann mit den dann 600.000 bis 800.000 Flugbewegungen noch hier wohnen?

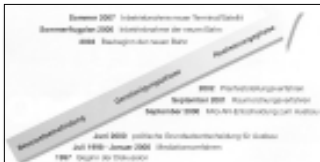
Und soll man sich wirklich alles gefallen lassen?

Jährliche Flugbewegungen auf dem Frankfurter Flughafen:

1978	170.932	1990	279.063
1979	176.922	1991	272.910
1980	178.820	1992	292.965
1981	177.017	1993	307.533
1982	176.382	1994	322.357
1983	181.636	1995	334.819
1984	186.793	1996	351.447
1985	194.455	1997	392.000
1986	205.689	1998	415.000
1987	223.694	1999	439.000
1988	246.692	2000	460.000
1989	267.390	2001	ca. 500.000

Willkommen auf den Web-Seiten der DKP Mörfelden-Walldorf
www.dkp-mw.de

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Wofür das viele Geld?

Wie schon vielfach in der Presse zu lesen, wurde der Umlandverband Frankfurt (UVF) aufgelöst. Er hatte ein wenig effektives Dasein geführt. Die Landesregierung etablierte nun als Ersatz den „Planungsverband Frankfurt - Region Rhein-Main (PlanVG)“. Er ist bedeutend größer gefasst als sein Vorgänger und der dazu gehörige „Überbau“ ist auch entsprechend gewichtiger, d.h. größer.

Unsere Kritik an diesem Landesgesetz ist vielschichtig. Erstens zerschneidet es den Kreis Groß-Gerau. Einige Kommunen fallen in den Planungsverband, andere nicht. Zweitens wird der Verband durch die Größe ein „träger“ Verein sein. Drittens wird er dominiert von der Stadt Frankfurt, deren Oberbürgermeister/-in den Vorsitz führt. Viertens wird eine weitere Verwaltungsebene geschaffen, die Planungen und deren Realisierung noch langwieriger und komplizierter macht. Fünftens kostet der neue Verband eine Menge Geld. So soll die Stadt Mörfelden-Walldorf in 2001 251.000 DM zahlen.

Wofür? Das fragen sich viele. Für unsere Stadt gibt es einen genehmigten Flächennutzungs- und Landschaftsplan, gibt es Bebauungspläne. Überregional gibt es Raumordnungs- und Regionalplan, die Regionale Planungsversammlung.

Zusammenfassend kann man sagen:

Das Scheitern des UVF hat nicht dazu geführt eine Verwaltungsebene abzuschaffen, sondern diese zu erweitern. Die Beschäftigten müssen doch „unterkommen“. Und so zahlen wir alle für einen Wasserkopf an Verwaltung, dessen Nutzen zweifelhaft ist. Fragen hierzu wurden von unserem Bürgermeister nicht beantwortet. Er muss sich beim Verband „erst mal schlau machen“. Recht spät! Aber gezahlt werden muss gleich, denn schließlich handelt es sich um ein Landesgesetz. R. D.

Parlamentsbeschluss ignoriert

Der Kreis „muss sparen“ heißt es, und hat daher die kostenlose Schülerbeförderung zur Gesamtschule eingestellt. Die dominierende SPD stand auf dem Standpunkt, dass das Auslaufen der Förderung von höheren Verwaltungsebenen nicht von der Stadt aufgefangen werden könne. Zu vieles wurde schon auf Kreis-, Landes- und Bundesebene gekürzt oder gestrichen. Nur auf Druck der übrigen Parteien und vor allem der Elternschaft und Schule wurde schließlich ein Beschluss gefasst, dass die Beförderungskosten von der Stadt zu tragen seien.

Dieser erste Beschluss beinhaltete den Winterzeitraum November 2000 bis April 2001.

Ein weiterer Beschluss zum Haushalt sieht die ganzjährige Kostenerstattung vor (außer Schullerienzeiten). Die Verwaltung will nun den Beschluss ab Schuljahr 2001/2002 in Kraft setzen. Das hieße: Die Kosten der Monate April bis Schullerferien müssen die Eltern selbst tragen. Als Grund wird eine Überforderung der Verwaltung angegeben. Seit Februar, so unsere Meinung, war Zeit genug die Formulare auf die neue Beschlusslage umzustellen. Wie ernst wird eigentlich das Parlament genommen?

Jugendcafe noch in diesem Jahr möglich

Die Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag der DKP/OL angenommen, in dem es u.a. heißt:

„Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich Vorschläge zu entwickeln, die noch in diesem Jahr die Einrichtung eines Jugendcafes möglich machen.“

In der Begründung heißt es:

Ein wesentliches Ergebnis der öffentlichen Veranstaltung zur „Präsentation“ der Studie „Jungsein in Mörfelden-Walldorf“ war: Viele Jugendliche erwarten, daß die Stadt endlich die Forderung nach einem Jugendcafe ernst nimmt. Hier sollte umgehend ein Anfang gemacht und etwas getan werden.

Die in Aussicht gestellte Nutzung eines Bahnhofsgebäudes ist in die Überlegungen einzubeziehen.

Wir halten aber auch andere Räumlichkeiten für denkbar, die eher zur Verfügung stehen und als „Zwischenlösung“ genutzt werden können. Die Stadt muß Initiativen der Jugend mehr Raum geben.

Die DKP/OL hatte auf eine Aussprache zum Antrag verzichtet, damit die Beschlussfassung nicht aufgeschoben wird.



Junge Leute engagieren sich für ein „JuKuCa“. Hier feierten sie demonstrativ ein Fest auf einem städtischen Grundstück in der Wolfsgartenstraße. Weitere Aktionen sind geplant. So eine „für die Öffentlichkeit offene Fahrrad-, Inliner-, Kickboard- und Skateboard-Tour vom Bürgerhaus zum Gundhof“.

Der Rote Abend

Politisches Abhängen in gediegener Atmosphäre

Jeden Mittwoch 20.00 Uhr
Juz Mörfelden
Diskussion - Film - Vorträge
direct Action - Kneipe
Zeitschriften - Abhängen

Ausschuß gegen Flughafenerweiterung

In der Stadtverordnetenversammlung wurde folgender Antrag der DKP/OL-Fraktion mehrheitlich angenommen:

1. Zur Unterstützung des Widerstands gegen eine Flughafenerweiterung wird auch in der neuen Wahlzeit durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ein fünfköpfiger Ausschuß gebildet.
2. Der Ausschuß soll insbesondere das gemeinsame Handeln von Stadtverordnetenversammlung, Stadtverwaltung und in außerparlamentarischen Initiativen aktiven Bürgerinnen und Bürgern fördern und im Interesse der Einwohner unserer Stadt öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen jeden weiteren Flughafenausbau und für ein Nachtflugverbot entwickeln.
3. Sachkundigen Bürgern (VertreterInnen der Bürgerinitiative, des BUND etc.) soll in dem Ausschuß grundsätzlich ein Rederecht eingeräumt werden.

In der Begründung heißt es:

In der letzten Wahlzeit wurde auf Antrag der DKP/OL ein Ausschuß gegen die Flughafenerweiterung gebildet, der vor allem auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten orientieren und auch außerparlamentarisch dahin wirken sollte, das Engagement im Widerstand gegen die Ausbaupläne der FAG zu unterstützen.

Dieser Ausschuß hat in der Sache einiges angesprochen und nach außen deutlich das Signal gesetzt: Diese Stadt und ihre Gremien machen Front gegen den Flughafenausbau.

In der neuen Wahlzeit ist diese offene Unterstützung um so notwendiger, da die Auseinandersetzungen intensiver werden und vielfältiger und möglichst geschlossener Widerstand sichtbar werden muß.

Deshalb wollen wir, daß der Ausschuß gegen die Flughafenerweiterung erneuert gebildet und die „außerparlamentarische“ Orientierung bekräftigt wird.

Neuer Angriff auf Kindertagesstätten

Kürzlich eine Meldung im hr: „Die Deutschen sterben aus. Ein Kind kostet die Eltern 450.000 Mark. Für zwei Kinder bekommt man ein großes Haus. Immer mehr junge Paare sagen, lieber wollen wir ein Haus.“

Wenn auch Eltern und Großeltern, denen ihre Kinder und Enkel das Liebste und Wichtigste auf der Welt sind, darüber den Kopf schütteln - so sind solche sarkastischen Rundfunksprüche doch zu überdenken.

Natürlich - die Deutschen sterben nicht aus. Aber dann sagte der Rundfunkmoderator noch: „Kinder sind Karriereblocker“. Wenn das stimmt, dann stimmt mit unserer Gesellschaft etwas nicht. Derzeit läuft die Anhörungsphase zu einem Richtlinienentwurf der hessischen Landesregierung. Nach diesem Entwurf der Hessischen Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn (CDU) sollen die bestehenden Standards in Kindertagesstätten weiter zurückgeschraubt werden. So sollen Gruppen künftig von nur nur 1,5 Kräften betreut werden, von denen nur noch eine überhaupt eine Fachkraft sein muss. Die Gruppenstärke ist auf 25 festgelegt, unabhängig ob Kiga oder Hort.

DKP/Offene Liste benennt ihre ordentlichen Ausschußmitglieder:

Ausschuß gegen
Flughafenerweiterung:
Rudi Hechler

Umwelt-, Planungs- und
Bauausschuß:
Gerd Schumleyer

Sozial-, Jugend- und
Gesundheitsausschuß:
Angela Kolbe

Kultur-, Sport- und Vereins-
ausschuß: Rudi Hechler

Haupt- und Finanzausschuß:
Helga Fritz

Vertretungen sowie Zeit für besondere Angelegenheiten wie Feste, Dienstbesprechungen, Elternabende, Vor- und Nachbereitungen werden überhaupt nicht geregelt.

In den meisten Betreuungseinrichtungen unserer Stadt gab es Proteste der Erzieherinnen und Eltern: Unterschriftenlisten gegen die Richtlinien-Änderung liegen aus.

In Wiesbaden wird schlicht übersehen: Das Aufgabenspektrum in Kindereinrichtungen wächst. Vom Hosenwechseln bei Dreijährigen bis zur Auseinander-

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion erhältlich

setzung mit verhaltensauffälligen Kindern und Unkenntnis der deutschen Sprache bei ausländischen Kindern. ErzieherInnen und Eltern sind gleichermaßen alarmiert, denn das neue Gesetz, würde es so in Kraft treten, würde dann eine Qualitätsverschlechterung in Betreuungseinrichtungen auslösen. Ich bin der Meinung: wer in einer reichen Gesellschaft an den Kindern spart macht einen Fehler, der nie wieder gut zu machen ist.

Deshalb sollte sich auch das Stadtparlament mit den Betroffenen solidarisieren und in Wiesbaden Protest anmelden.
Rudi Hechler

**Herzlichen Dank
allen,
die für den
Erhalt dieser
Zeitung spenden!**

**Jede Mark hilft
dem »blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419
BLZ 50852553



Auf Initiative von Rudi Hechler (DKP) wurde im Kreistag ein Antrag der PDS/OL, SPD, FDP und der Grünen eingebracht, wonach der Förderverein „Jüdische Geschichte und Kultur“ im Jahr 2001 für den Wilhelm-Hammann-Preis 2000,- DM erhält.

Die Fraktion PDS/OL fragte außerdem nach den Finanzkürzungen für das Altenhilfeszentrum Mörfelden-Walldorf, nach der notwendigen Sanierung der Martin-Buber-Schule in Groß-Gerau und nach Präventivmaßnahmen im Kreisgebiet, anlässlich eines Kindstötungsdeliktes in Rüsselsheim.

R. Hechler vor dem Bild des ersten Landrats nach 1945 Wilhelm Hammann (KPD). Hammann rettete im KZ Buchenwald 159 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod und wurde in Israel zum „Gerechten unter den Völkern“ ernannt. In der jüdischen Gedenkstätte Yad Vashem gibt es dazu eine Gedenkstele.

Fragen, Vorschläge, Ideen an die Fraktion PDS/OL:

Rudi Hechler, HochstraBe 22
84546 Mörfelden-Walldorf
Tel./Fax 06105-22362

e-mail: RudH@dip-mw.de
www.pds-gross-gerau.de
www.dip-mw.de

Mobilfunk: Grenzwerte um das 900-fache zu hoch

Anfang 1994 stellte die Fraktion der DKP/OL eine Anfrage im Stadtparlament. Wir wollten wissen ob von der Mobilfunkantenne auf dem Mörfelder Wasserturm Gefahren ausgehen können. Die Antwort: Alles paletti. Keine Gefahr.

Nun aber liegt seit einem Jahr der T-Mobil, einer Tochter der Deutschen Telekom, ein von ihr selbst in Auftrag gegebenes Gutachten des ECOLOG-Instituts in Hannover zu den gesundheitlichen Fragen des Mobilfunks vor. Da aber die Ergebnisse nicht den Erwartungen der Mobilfunk-Betreiber entsprechen, hat man diese Studie offenbar einfach in der Schublade verschwinden lassen.

Weitere Untersuchungen durch Professor Glaser von der Humboldt-Universität in Berlin sowie von Professor Silny von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen und auch des Öko-Instituts in Darmstadt sind bis zum Herbst letzten Jahres der Deutschen Telekom übergeben worden. Doch auch diese liegen nach wie vor unter Verschluss.

Das ECOLOG-Institut erhielt im September 1999 den Auftrag, eine „Bewertung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes unter dem Gesichtspunkt des vorsorgenden Gesundheitsschutzes“ in der Frage Mobilfunk vorzunehmen. Im Mai 2000 lagen die Ergebnisse der T-Mobil vor. Nach nun einem Jahr Wartezeit hat sich das ECOLOG-Institut entschlossen, diese Untersuchung selbst zu veröffentlichen. Das geschah vor dem Hintergrund der Diskussion um die seit 1997 geltenden Grenzwerte und weil sowohl Landesbehörden, als auch Bürgerinitiativen, Umwelt- und Verbraucherverbände nach klaren wissenschaftlichen Aussagen drängten. Die Problematik von Mobilfunkmasten an Kitas und Schulen spielte dabei auch eine nicht unwesentliche Rolle. Bekanntlich ist auch unter dem Wasserturm ein Kindergarten.

Die Ergebnisse der ECOLOG-Studie, an der Physiker, Biologen und Mediziner mitgearbeitet haben, sind alles andere als schmeichelhaft für die Mobilfunk-Betreiber und für Politiker, die Grenzwerte festlegen. Das ECOLOG-Institut hält einen eigentlichen Grenzwert bei der Leistungsfeldstärke von Mobilfunkstrahlungen bei 0,01 Watt pro Quadratmeter für nötig. Der derzeitige Wert liegt in der BRD seit 1997 bei bis zu 9 Watt. Das ist das 900-fache der Empfehlung der Ausarbeitung des hannoverschen Instituts.

Die jetzigen Grenzwerte sind ein einziges Zugeständnis an die Industrie und lassen den Gesundheitsschutz der

Bevölkerung vollkommen außen vor. Sie orientieren sich ausschließlich an Wärmeeffekten der Funkstrahlungen. Alles andere wird bewusst ignoriert und hier liegt nach Auffassung nicht nur der DKP der Hund begraben. Wie zahlreiche andere Einzelveröffentlichungen weist das ECOLOG-Institut darauf hin, dass schon weit unter den gültigen Grenzwerten gravierende gesundheitliche Schädigungen und Beeinträchtigungen auftreten können. Das Brisante dabei ist, dass die Studie aus Hannover im Auftrag der Telekom-Tochter T-Mobil verfasst wurde. Folgende gesundheitliche Folgen listet das Institut auf: Funktionen der Zellmembranen können beeinträchtigt werden. Das Risiko auf irreguläre Schwangerschaften und Missbildungen sowie auf Unfruchtbarkeit kann sich erhöhen. Schäden an Molekülen der Erbsubstanz und an Proteinen können nachgewiesen werden. Gentoxische Effekte, wie z.B. Zunahme von Chromosomenbrüchen, wurden festgestellt. Etliche Untersuchungen zu Schädigungen von Nervenzellen, zur Schwächung des Immunsystems sowie zur Veränderung der Gehirnpotenziale, sie können die Erkenntnisfunktionen beeinflussen, liegen vor. Bei Tieren wurden Änderungen des Hormonhaushaltes nachgewiesen. Auch das Krebsrisiko erhöht sich auf mehr als das Doppelte des jetzigen Durchschnittswertes. Einzelne Arten wie z.B. Tumore des Nervensystems, vor allem beim Gehirn, können um das bis zu 3,4-fache erhöht vorkommen. Die Untersuchungen des ECOLOG-Instituts aus Hannover beweisen nach Auffassung der DKP eindeutig, dass Mobilfunk-Anlagen in Wohngebieten nichts zu suchen haben. Wie in England müssen die Anlagen neben Kitas und Schulen verboten werden.

Wir werden in dieser Angelegenheit im Stadtparlament und im Kreistag aktiv werden.



„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals... Sie verfehlen ihren Zweck aber gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu verändern.“

Karl Marx, Lohn, Preis, Profit

Lehrstellenmangel ohne Ende

Auch im dritten Jahr der rot-grünen Regierung hat sich die offenkundig verfassungswidrige Ausbildungsplatzsituation kaum verbessert. Weiterhin fehlen über 150.000 Lehrstellen. (Jahresstatistik der Bundesanstalt für Arbeit für das Jahr 2000).

Die Zahlen im April 2001 zeigen: Auch in diesem Jahr wird sich die Lage wenn überhaupt nur geringfügig verbessern. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die gemeldeten Lehrstellen bundesweit nur um 3,2% gestiegen, im Osten sogar um 5,5% zurückgegangen. (Bundesanstalt für Arbeit, 5/01).

So werden weiterhin viele Jugendliche „auf der Strecke“ und ohne Ausbildung bleiben. Besonders betroffen sind zunehmend die „Jemschwächeren“ Jugendlichen. Überaus krass bleibt die Situation in Ostdeutschland, die inzwischen unverkennbar ihre Spur auch im Rechts-Extremismus hinterlässt. Die gesetzliche Umlagefinanzierung bleibt die unverzichtbare Voraussetzung für ein finanziell gesichertes Fundament der beruflichen Ausbildung für alle (!) Jugendlichen. Ihre

besondere Bedeutung erhält sie bei der Schaffung geeigneter Ausbildungsbedingungen für die benachteiligten / lernschwächeren Jugendlichen. Gerade diese Jugendlichen erhalten in den Betrieben immer weniger eine Möglichkeit einer Berufsausbildung. Zudem könnten in dem Maße wie die Mittel aus der Umlagefinanzierung bereitstehen, die dann freiwerdenden Abermilliarden staatlicher Gelder, die bisher in die Finanzierung von Lehrstellen fließen, verstärkt gegen die Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Auch ROT-GRÜN lässt die Jugendlichen hängen Gleich nach der Bundestagswahl 1998 ließen SPD und Grüne ihre eigenen Gesetzentwürfe für die „Umlagefinanzierung der Ausbildung“ aus dem Jahr 1997 fallen. Mit dem „Jump-Programm“ und den Konsensgesprächen im „Bündnis für Arbeit“ täuscht die rot-grüne Regierung einen Lösungsweg vor, der eine nachhaltige Beseitigung des Lehrstellenmangels doch nur weiter verschleppt. Selbst der „Ausbildungskonsens“ wird Jahr für Jahr nicht eingehalten. Wie die Kohl-Regierung beschönigt jetzt auch die Schröder-Regierung die wirkliche Lage. Und anders als noch zu Oppositionszeiten, begnügt auch sie sich jetzt weitgehend mit Appellen an die Arbeitgeber. SPD und Gewerkschaften – eine Allianz gegen das Recht auf Ausbildung. Warum aber laufen die Gewerkschaften nicht wie vor dem Regierungswechsel Sturm gegen die Fortdauer des Lehrstellenmangels und dem nach wie vor nicht realisierten „Recht auf Ausbildung“?

Warum wird vom DGB und den Einzelgewerkschaften die Umlagefinanzierung nicht mehr offensiv eingefordert? War-



Doppel DenK

um wird selbst die Kritik aus den eigenen Reihen ignoriert?

Von der DGB-Spitze über die Einzelgewerkschaften, bis hinunter zu den Kreisvorsitzenden wird das Thema Umlagefinanzierung negiert und die nach wie vor beschissene Lage schöneredet. Dieter Schulte mahnt in einer nicht zu überbietenden Naivität immer wieder aufs Neue eine größere Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen an, ohne Konsequenzen aus der fehlgeleiteten Konsenspolitik im „Bündnis für Arbeit“ zu ziehen. Klaus Zwickel und die IG-Metall, bis vor dem Regierungswechsel zum gewerkschaftlichen Motor der Umlagefinanzierung gehörend, treten mit dieser Forderung kaum noch in Erscheinung. Wir erinnern uns: 1996 hieß es bei der IGM: „Deine Einstellung zählt – Umlagefinanzierung jetzt!“

Ganz offenkundig ist auch der DGB in seiner Nähe zur SPD vor dem Druck der Arbeitgeberverbände im „Bündnis für Arbeit“ eingeknickt und hat ihnen für die Dauer der Gespräche eine Verzichtserklärung in punkto Umlagefinanzierung erteilt. Deshalb tragen inzwischen auch maßgebliche Funktionäre im DGB und in Einzelgewerkschaften eine Mitverantwortung an der Fortdauer der Lehrstellenkrise. Wer, wie SPD und GRÜNE, nicht bereit ist, allen Jugendlichen eine Ausbildung und eine materiell gesicherte Zukunft zu garantieren – und genau darauf zielt die gesetzliche Umlagefinanzierung ab – trägt mit dazu bei, dem Rechtsextremismus den Boden zu bereiten. Es geht nicht um einen „Endspurt“, eine „positive Trendwende“ oder um eine bloße „Verbesserung der Lage“. Es geht um das „Recht auf Ausbildung“, das allen Jugendlichen und zu jeder Zeit eine qualifizierte Ausbildung garantiert.

Deshalb: Raus aus dem „Bündnis für Arbeit“, das als „Bündnis für Profit“ funktioniert! Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Wer ausbildet, wird unterstützt! Zur gesetzlichen Umlagefinanzierung gibt es keine Alternative, es sei denn die Überwindung der auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Marktwirtschaft.

Weitere Informationen: e-mail: info@ausbildungsplatzgesetz.de



Redaktion DoppelDenK, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Björn Doland, Gartenstraße 68, Florian Bernhard, Ederstr. 8; Martin Wilker, Isarstr. 33, Sebastian Schwappacher, Heidelberger Str. 25, Mörfelden-Walldorf (doppelDenK@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion

Stadtgeschichten



Wer dieser Tage einmal nicht mit dem Auto über die Lande braust, sondern zu Fuß oder per Fahrrad durch unsere Feldgemarkung kommt, wird feststellen, wie schnell das Getreide in den letzten Wochen in die Höhe schoß. Kaum ist das Frühjahr vorbei, da ist auch schon die Erntezeit nicht mehr weit. Eine alte Bauernregel sagt: „Am 29. Juni ist Peter und Paul, da wird dem Korn die Wurzel faul“. Die Körner reifen, die Halme werden gelb und bald werden die Mähdrescher in Staub gehüllt über die Felder rauschen. Noch vor 50 Jahren war in der Regel die ganze Familie mit der Ernte befaßt. Mühsam mußte Schlag für Schlag mit der Sense am Reif (von rafften) das Getreide - in unserer Gegend überwiegend Fleggen (Korn) - abgemäht werden. Unser Bild zeigt die Familie Tron nach getaner Arbeit hinter dem Hoftor ihres Anwesens in Walldorf, Langstraße 18, Anfang der Dreißiger Jahre. Auf dem Bild sehen wir von links: Anna Pfund geb. Tron, Hermann Tron, Katharina Tron geb. Jourdan (Schuster-Kätt), Heinrich Krieger, Elisabeth Krieger geb. Tron. Im Hintergrund ist das auf der gegenüber liegenden Seite der Langstraße stehende Haus des Zimmermeisters Emmerich zu sehen.



Zwei Tage feierten die Naturfreunde ihren 80. Geburtstag am Naturfreundehaus. Viele Mitwirkende sorgten für Stimmung. Dabei waren Orange Box, das SKV-Akkordeonorchester, die Egerländer GmG, der Posaunenchor, Gerd Schulmeyer mit seiner Gitarre u.a. Die Ehrenamtlichen des Vereins hatten mit viel Arbeit großartiges organisiert und geleistet.

Unser Lexikon

Schbrisch

Du host die
Brogge gefresse,
jetz fress
aach die Brieh